

Dresdner Volkszeitung

Hochdruckdruck: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Gebr. Schönb., Dresden
und Schönb. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frachtposten mit den wöchentlichen Belegungen
"Nach der Arbeit" und "Voll und Hell" für einen halben Monat 1 Mk.
Einzelnummer 10 Pf.

Schreibleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftsjahr von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareillezeile
30 Pf., die 90 mm breite Familienzeile 1,50 Mk., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 Mk. Familienanzeigen, Stellen- und Mietge-
bote 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Pf.

Nr. 241

Dresden, Freitag den 15. Oktober 1926

37. Jahrg.

Marrenspiel mit den Arbeitern

Empörung der Arbeitervertreter im Internationalen Arbeitsamt gegen Durchbrechung und Ver-
eitelung des gesetzlichen Achtstundentages

T. Genf, 14. Oktober. (Sig. Drahtbericht.)

Im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, der am Donnerstag seine dreitägige Herbsttagung begann, kam es bei Beratung des Tätigkeitsberichts zu einer großen Debatte über das Washingtoner Arbeitszeitabkommen. Der schweizerische Vertreter, Genosse Schürch, ergriff die Gelegenheit, um nähere Aufklärung über die Stellungnahme ihrer Regierungen zur Arbeitszeitfrage.

Ministerialrat Dr. Feig teilte mit, daß die Reichsregierung ihren auf der Arbeitskonferenz angekündigten Entwurf eines Arbeitergesetzes fertig habe und dem Reichstag vorlege. Der deutsche Regierungsvertreter wies dabei darauf hin, daß die Arbeitszeitverlängerungen, die in letzter Zeit in einzelnen Ländern, sei es allgemein oder für einzelne Industriezweige, eingetreten sind, dem Stand der Reichsregierung vor dem Parlament erläutern werden. Der Arbeitervertreter Genosse Hermann Müller, Richterberg, bestätigte diese Erklärung und fügte hinzu:

die deutsche Arbeiterschaft sei mit dem Stand des Arbeitszeitabkommens gar nicht zufrieden

Zwischen den deutschen Spitzenverbänden der Arbeitnehmer fanden zur Zeit Beratungen statt über die Forderung eines Gesetzes, durch das die Länge der Arbeitszeit für sich vor dem allgemeinen Arbeiterkongress behauptet werden solle. Müller sprach dann sein Bedauern über die Arbeitszeitverlängerungen in England und Italien aus.

Genosse Jouhaux, Frankreich, wandte sich in einer scharfen Art gegen die Arbeitszeitverlängerung in Italien. Er ging von der Tatsache aus, daß seinerzeit gegen die Arbeitszeitverlängerung Deutschlands sowohl im Verwaltungsrat wie auf der Arbeitskonferenz formelle Vermehrungen erfolgten, wobei nicht allein die Arbeitervertreter die stärksten Worte geführt hätten. Jetzt solle es, konsequenter zu sein und nicht das gutgehenden oder stillschweigend an dem vorübergehen, was man damals beurteilt habe.

Die Arbeiterschaft habe ihr in Washington gegebenes Wort gehalten und müsse immer bringen verlangen, daß die Regierungen es auch tun

Jouhaux erinnerte schließlich daran, wie damals der italienische Regierungsvertreter im Verwaltungsrat wiederholt in gleichem Sinne gesprochen habe. Nach aus der Londoner Ministerkonferenz habe die italienische Regierung andere Regierungen verpflichtet zu sollen geglaubt, um tags darauf selbst hinzugehen und das zu tun, was bis dahin keine andere Regierung getan habe.

nämlich das Washingtoner Abkommen, das bereits mit Vorbehalt ratifiziert war, zu durchbrechen. Das sei

moralischer Wortbruch,

gegen den die Arbeiterschaft aufs schärfste protestieren müsse. Wenn der Verwaltungsrat nicht den Mut fände zur Stellungnahme, so müsse es sich die Arbeitnehmerschutzgruppe überlegen, ob sie dem Internationalen Arbeitsamt nicht den Rücken kehren solle. Das sage er, schloß Genosse Jouhaux seine eindringliche Rede, nicht als Drohung, sondern zur Kennzeichnung der Stimmung der Arbeiterschaft.

In gleichem Sinne, wenn auch gemäßigter im Tone, sprach der englische Genosse Paulson, indem er u. a. die Tatsache erwähnte, daß in einer englischen Arbeiterkonferenz eine Entschließung auf

Austritt aus dem Internationalen Arbeitsamt eingebracht worden sei; sie sei zwar abgelehnt worden, aber die Tendenz sei doch bezeichnend. Der britische Regierungsvertreter wiederholte die schon früher abgegebene Erklärung, daß seine Regierung wegen des Kohlenstreikes die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens nicht habe vornehmen können. Die inzwischen eingetretene Verlängerung der Arbeitszeit der Bergarbeiter werde keine allgemeine Arbeitszeitverlängerung nach sich ziehen.

Der italienische Regierungsvertreter sowie der Arbeitnehmerschutzvertreter nahmen ihre Meinung in Bezug. Die italienische Arbeitszeitverlängerung sei eine vorübergehende Notmaßnahme. Der polnische Regierungsvertreter stellte den Antrag, eine Kommission von 9 Mitgliedern einzusetzen, die den jetzigen Stand der Ratifizierung des Arbeitszeitabkommens genau prüfen und Vorschläge machen solle für eine schnellere Ratifizierung.

Am Nachmittag wurde die Debatte noch über eine Stunde fortgeführt. Genosse Jouhaux widerlegte in einer längeren Erklärung die Ausführungen der beiden Vertreter Italiens. Außerdem wandte er sich scharf gegen die Arbeitszeitverlängerung im englischen Kohlenbergbau. Die Arbeiterschaft kämpfe seit 1919 gegen

ein unaufrichtiges diplomatisches Spiel,

bei dem die Arbeiterschaft allmählich überdrüssig sei. Die Abstimmung über den Antrag Sozial wurde auf Sonnabend vertagt.

Rechenschaft nächstes Frühjahr

T. Genf, 14. Oktober. (Sig. Drahtbericht.) Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes beschloß, die nächste Arbeitskonferenz auf den 25. Mai 1927 festzusetzen. Da werden die Regierungen über ihre Vertrittelung und Verwirklichung des gesetzlichen Achtstundentages zur Rechenschaft gezogen werden.

Ein neues Stadium?

Reichsbanner und Reichsverbände

Dem Kern des Zentrums ist das Reichsbanner nicht mehr recht genehm. Es kommt in dieser schwarzrotgoldenen Bewegung zu Verbrüderungen zwischen den Konfessionen, und die Zentrumsjugend wird dabei angeblich politisch radikalisiert. Darum wurde in reaktionären Kreisen des Zentrums namentlich in letzter Zeit die Frage erörtert, ob es für diese katholische Partei nicht besser sei, vom Reichsbanner abzurufen. So beschäftigt sich am Donnerstagabend die Kölnische Volkszeitung unter der Überschrift "Das Zentrum und die Verbände" mit der Krise der Reichsbannerverbände und sagt dem Sinne nach:

Die Reichsverbände seien heute geistig, organisatorisch und finanziell in einer kritischen Lage. Der Mangel eines einheitlichen geistigen Programms habe die allmähliche Zerstückelung herbeigeführt und die heutigen Gegenstände innerhalb der Parteiländlichen Verbände so tief werden lassen, daß die Stützkräfte dieser Organisationen gegen früher ganz erheblich herabgemindert worden sei. Hinzukomme, daß auch jene in düsteren Kreise, die bisher die finanziellen Träger der rechtsradikalen Bewegung gewesen seien, heute eine verächtliche, wenn nicht feindliche Haltung einnehmen. Mit der Krise der Reichsverbände trete aber auch die Frage des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in ein neues Stadium. Man habe im Zentrum niemals den Grundabgesehen, daß die Gesamtheit dieser Organisationen unter allen Umständen ein Hebel sei. Man habe unter dem Vorwand der Lage aber das Hebelwerk weichen müssen und sich damit im Zentrum für das Reichsbanner entschieden. Heute ist jedoch die Frage im Zentrum überlebt, weil die Stärkung des gegenwärtigen Staates in den letzten Jahren riesenhafte Fortschritte gemacht habe. Die historische Aufgabe der Verbände sei erfüllt, sie seien reif zum Abbau. Die deutsche Republik bedürfe des Schutzes privater Organisationen nicht mehr und die republikanischen Organisationen seien nicht mehr in der Lage, die deutsche Republik zu stützen.

Die Sozialdemokratie hat sich an der Gründung des Reichsbanners nicht etwa deshalb beteiligt, um irgendwelchen Militarismus in neuer Form aufleben zu lassen oder Soldatenpolitik zur Angelegenheit politischer Vereinigungen zu machen, sondern wir haben dem Reichsbanner in allen Phasen seines Bestehens deswegen Unterstützung angedeihen lassen, weil es eine Schutzorganisation für die Republik und eine Propagandastärke für alle Gedanken der freien Demokratie sein soll. Das Reichsbanner hat auch für die Erhaltung des republikanischen Gedankens erfolgreich gewirkt; wenn heute über die Auflösung des Reichsbanners

überhaupt gesprochen werden könnte, weil die Festigung der Republik jeden Tag offenkundiger wird, so wäre auch das die stärkste schwarzrotgoldene Bewegung zu danken, und auch die Wehrmacht der Reichsbannermitglieder ist von dem Gedanken durchdrungen, daß das Reichsbanner an dem Tage abtreten und die weiteren Aufgaben den politischen Parteien überlassen könne, da die Parteiführervereinigungen und sachverständigen Verbände ausgehört hätten, eine Gefahr für die Republik zu bedeuten.

So weit ist es jedoch leider noch nicht, und die Schlußfolgerungen der Kölnischen Volkszeitung eilen nicht nur der Zeit voraus, sondern sie widersprechen auch, wie der Sozialdemokrat betont, den Auffassungen des Vorstandes der Zentrumspartei. Die in den letzten Wochen aufgetauchten Meinungsverschiedenheiten über die weitere Beteiligung des Zentrums am Reichsbanner sind durch eine Aussprache der maßgebenden Persönlichkeiten als erledigt zu betrachten. Die Wünsche der Kölnischen Volkszeitung sind die Wünsche der rheinischen Reaktion.

Volkspartei und Preußenregierung

Der preussische Ministerpräsident empfing am Donnerstag nachmittag die Führer der preussischen Koalitionsparteien zu einer kurzen Besprechung über den von der Volkspartei gewünschten Eintritt in die Regierung. Als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion nahm Genosse Hellmann an der Besprechung teil. Er war von der Fraktion ermächtigt, deren grundsätzliche Bereitschaft zur Großen Koalition zum Ausdruck zu bringen. Die anderen Fraktionen hatten schon früher eine ähnliche Erklärung abgegeben.

Der preussische Ministerpräsident wird der Volkspartei von dieser grundsätzlichen Heberei Zustimmung der Regierungsparteien am Freitag offiziell Kenntnis geben und wird ihr gleichzeitig mitteilen, daß er im Einverständnis mit den Koalitionsparteien Anfang November nach dem Wiederzusammentritt des Landtages bereit ist, deren Wünsche im einzelnen entgegenzunehmen. Das dürfte am 3. oder 4. November geschehen. Anschließend werden sich dann die Regierungsparteien in einer gemeinsamen Sitzung mit den Wünschen der Volkspartei befassen und über ihre weitere Haltung Beschluß fassen.

Der Tatbestand

Das Ergebnis von München

Der Feme-Untersuchungsausschuß des Reichstages hat am Abschluß der Zeugnenerhebung in München in einer geheimen Sitzung einen Beschluß gefaßt, der sich im Grunde genommen gegen seine eigene anerkennenswerte Tätigkeit richtet. Er hat die Veröffentlichung des Genossen Levi über die Mörderbegünstigung im bayerischen Justizministerium nicht billigt, obwohl es ohne diese Veröffentlichung nicht möglich gewesen wäre, die Zusammenhänge so aufzudecken, wie es in der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses in München geschehen ist. Wichtig ist, daß der jetzige Justizminister Dr. Gärner durch diese Untersuchung entlastet worden ist, aber das bayerische Justizministerium dafür auf das schwerste belastet worden ist.

Die Erklärung des Ausschusses veranlaßt die Reichspresse natürlich, das Ergebnis der Untersuchung in München zu veröffentlichen. Sie hat bereits während der Untersuchung ihren Lesern das Wesentliche verschwiegen. Nichts berichtete sie davon, daß Gärner auf das Reichsgericht des Volkes pfeifen wollte, nichts von den Aussagen des früheren Justizministers Dr. Roth, die ihn und die bayerische Justiz auf das schwerste belasten, nichts vom General Gbb, der sich offen zu den menschenlichen Femeermorden bekannte, nichts vom Gademann, der im Auftrage der Einwohnerwehr die Mörder vor der Verfolgung rettete und dabei Bestand im bayerischen Justizministerium fand, nichts von jenem verrotteten Zeugen, der sich über den Garris-Mord noch freute. Nichts teilte sie mit von den Feststellungen über das schändliche Fahr-System in Bayern, nichts von den vernichtenden Enthüllungen und Aussagen, die sich gegen das bayerische Justizministerium richteten. Trotzdem besitzt sie jetzt den Mut, aus der Entlastung des Dr. Gärner eine Entlastung des Fahr-Systems und der bayerischen Justiz unter diesem System zu konstruieren. Die klaren Tatbestände sollen abgeleugnet werden.

Aber die Behauptungen, die Genosse Levi über das Feme-System und über die Einbeziehung der bayerischen Justiz in das Feme-System aufgestellt hat, sind in den Verhandlungen des Feme-Ausschusses bewiesen worden. Das Organ der bayerischen Regierungspartei, der Bayerischen Volkspartei, hat selbst darauf hingewiesen, daß die amtlichen Erklärungen, die seinerzeit vom bayerischen Justizministerium erlassen worden sind, unrichtig gewesen sind.

Was bewiesen wurde

Es hat ein System der Feme und es hat Feme-morde in Bayern gegeben. Das ist nicht mehr zu bestreiten.

Es ist bewiesen, daß Beauftragte der Einwohnerwehr nach dem Feme-Mord an Hartung ins bayerische Justizministerium gegangen sind, um dort zu verlangen, daß die Staatsanwaltschaft bei der Morduntersuchung auf die Interessen der Einwohnerwehr, deren Leute die Mörder waren, Rücksicht nehmen sollte.

Es ist bewiesen, daß die Abgesandten der Einwohnerwehr für ihre Forderung im bayerischen Justizministerium ein geeignetes Ohr gefunden haben. Es ist bewiesen, daß der Beauftragte der Einwohnerwehr, Gademann, einen amtlichen Auftrag erhielt, die für die Morduntersuchung zuständigen Augsburger Staatsanwälte ins bayerische Justizministerium zu holen.

Es ist bewiesen, daß die Augsburger Staatsanwälte wie das Justizministerium so sehr unter dem Einfluß, ja unter dem Terror der Einwohnerwehr standen, daß sie der durch Gademann überbrachten Aufforderung ohne weiteres folgten.

Die Augsburger Staatsanwälte haben nach der Besprechung im Justizministerium die Haftbefehle gegen die Mörder aufgehoben, nachdem sie im Auto der Mörderorganisation ins Justizministerium gefahren worden waren.

Es ist bewiesen, daß infolge dieser Intervention die Mörder der Bestrafung entzogen wurden. Zwei von ihnen sind im Ausland, die andern, obwohl bekannt und ständig in München oder bei München lebend, werden vorübergehend unauffindbar, wenn sie behördlich angefordert werden.

Die Verschuldigungen, die Genosse Levi auf Grund der ersten Vernehmung im Feme-Untersuchungsausschuß des Reichstages erhoben hat, sind also durch die Münchner Untersuchung Punkt für Punkt und Wort für Wort gerechtfertigt worden. Mit der einen Ausnahme, daß der derzeitige Justizminister Dr. Gärner in diesem Zusammenhang nur Werkzeug gewesen ist, daß seine einzige Funktion war, einen Vortrag entgegenzunehmen und dem Minister darüber zu referieren. Diese Abwechslung aber, so sehr sie eine Rechtfertigung für Gärner ist, ist eine um so schwerere Belastung für das bayerische Justizministerium von damals. Denn nun ergibt sich, daß der Beauftragte der Einwohnerwehr nicht zu einem Referenten gegangen ist, sondern zum Minister selbst (Dr. Roth). Es ergibt sich, daß ihn der Minister auf den weiteren Weg gewiesen hat, auf dem es der Einwohnerwehr gelang, ihre Absichten durchzusetzen: die Absicht, die Mörder zu begünstigen und sie der Strafe zu entziehen.

Das ist der Tatbestand,

der nicht hinwegzulegen ist. Dieser Tatbestand bedeutet eine Schande für die bayerische Justiz unter dem Fahr-System. Es sind deutliche Anzeichen dafür vorhanden, daß